













# Sicherung einer leistungsfähigen Gesundheitsversorgung















## <u>Inhaltsverzeichnis</u>

- 1. Presseinformation
- 2. Statements
- 3. Forderungen der Zahnärzte, Ärzte, Apotheker, Psychotherapeuten
- 4. Zahlen, Daten, Fakten















## **Presseinformation**

# Sicherung einer leistungsfähigen Gesundheitsversorgung

Zum wiederholten Male schlagen brandenburgische Zahnärzte, Ärzte, Apotheker und Psychotherapeuten Alarm und fordern von der Landesregierung konsequente Maßnahmen, um die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zu sichern. Sowohl der ambulante als auch der stationäre Bereich müssen im Sinne der Daseinsvorsorge gestärkt und zukunftsfähig gemacht werden.

Unter den aktuellen Gegebenheiten wird sich die Versorgungssituation für alle Gesundheitsbereiche deutlich verschlechtern. Anstatt die Versorgung zu stabilisieren, wird die flächendeckende Gesundheitsversorgung in Brandenburg massiv gefährdet. Die Landesregierung muss jetzt dringend gegensteuern, um eine drastische Verschlechterung der Versorgungslage unserer Bevölkerung zu verhindern.

Der zunehmende Mangel an Fachkräften in Verbindung mit einer übermäßigen Bürokratie gefährdet die Gesundheitsversorgung erheblich. Ein immenser Verwaltungsaufwand bindet wertvolle Zeit und Ressourcen, die stattdessen für die Behandlung von Patientinnen und Patienten benötigt werden. Alle Heilberufe sehen sich einer stetig größer werdenden Anzahl von Patienten gegenüber, denen sie aus ihrer Berufung heraus gern helfen möchten. Doch wichtige Zeit – bis zu zehn Stunden in der Woche (!) – geht für Bürokratie verloren. Inzwischen liegt ein Katalog vor, der auf etliche bürokratische Hemmschwellen verweist und Leitfaden für die Politik sein könnte.

Zahnärzte, Ärzte, Apotheker und Psychotherapeuten fordern daher eine stärkere Einbindung in politische Entscheidungsprozesse mit echtem Mitspracherecht. Nur wenn Fachkräfte aus dem Gesundheitswesen aktiv beteiligt werden, lässt sich die Versorgung in Brandenburg langfristig sichern.















## **Statements**

"Verlässliche Versorgung braucht Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die bleiben. Und bleiben wird nur, wer wirtschaftlich arbeiten kann. Wenn Niederlassung zum Risiko wird, bleibt der Nachwuchs aus. Die KV Brandenburg setzt sich dafür ein, dass ambulante Versorgung wieder attraktiv wird – fachlich, persönlich und wirtschaftlich. Auch die Krankenhausreform kann nur gelingen, wenn sie die wirtschaftliche Basis der ambulanten Versorgung stärkt und Ärztinnen und Ärzten echte Perspektiven bietet." Catrin Steiniger, Vorstandsvorsitzende Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg (KVBB)

"Verlässliche Versorgung genügend kann nur da gesichert werden. WO Weiterbildungsmöglichkeiten zum Facharzt bestehen. Denn nur da, wo auch die Weiterbildung zum Facharzt stattfindet, bleiben Ärztinnen und Ärzte dem Land erhalten ("Klebeeffekt"). Mit der Krankenhausreform ist die Weiterbildung zum Facharzt in Brandenburg in Gefahr. Die Landesärztekammer Brandenburg appelliert an die Landesregierung, sich für ausreichende Weiterbildungsmöglichkeiten im Flächenland Brandenburg einzusetzen. Nachwuchsgewinnung in Brandenburg zu sichern."

#### Frank-Ullrich Schulz, Präsident der Landesärztekammer Brandenburg

"Der demografische Wandel führt zu einem verstärkten Fachkräftemangel bei gleichzeitig steigendem Versorgungsbedarf. Eine Reform der Gesundheitsversorgung ist deshalb unerlässlich. Deshalb darf die Krankenhausreform nicht isoliert betrachtet werden. Die Krankenhausplanung muss in einer Versorgungsplanung aufgehen, die auch ambulante Versorgungsmöglichkeiten und den Rettungsdienst mitdenkt. Wir erwarten, dass sich die Landesregierung wie bereits bisher auf der Bundesebene für praxistaugliche Instrumente im Rahmen der Krankenhausreform einsetzt und die Häuser bei den erforderlichen Transformationsprozessen unterstützt – in der politischen Auseinandersetzung vor Ort sowie durch die Sicherstellung der Kofinanzierung des Transformationsfonds. Auch die Initiativen zur Fachkräftesicherung müssen weitergeführt und ausgebaut werden. Und schlussendlich muss das Land seinen Einfluss geltend machen, um die von der Bundesebene avisierten Sparpläne abzuwehren. Nur wirtschaftlich gesunde Krankenhäuser können auch zukünftig und dauerhaft die flächendeckende Versorgung gewährleisten."

## Dr. Detlef Troppens, Vorstandsvorsitzender der Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e.V.

"Eines der unsinnigsten Beispiele für Bürokratie ist die Forderung einer Erstvalidierung für die in einer Zahnarztpraxis neu gekauften Kleingeräte. Das ist zu vergleichen mit dem Kauf eines neuen Autos, bei dem man sofort den TÜV prüfen lassen müsste, ob es fahrtauglich ist, bevor es gefahren werden darf. Fatal ist in unseren Augen, dass sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene der Betrieb eines Krankenhauses mit dem Betrieb einer kleinen inhabergeführten Praxis gleichgestellt wird."

Dr. Romy Ermler, Präsidentin der Landeszahnärztekammer Brandenburg (LZÄKB)















"Die Politik darf nicht länger zusehen, wie die zahnärztliche Versorgung im Land Brandenburg immer weiter ausdünnt. Wenn fast jede zweite Zahnarztpraxis schließt, ohne Nachfolge zu finden, ist das kein Zukunftsszenario mehr, sondern Realität. Deshalb brauchen wir jetzt entschlossenes Handeln: für öffentliche Studienplätze, die Ausweitung des Landärzteprogramms auf Zahnärzte, weniger Bürokratie und verlässliche Rahmenbedingungen für Praxisgründungen. Nur so können wir verhindern, dass flächendeckende Versorgung zur Mangelware wird!"

# Dr. Eberhard Steglich, Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Land Brandenburg (KZVLB)

"Wenn Brandenburg in seine jungen Menschen investiert, muss es auch die pharmazeutische Versorgung mitdenken. Ohne eigene Ausbildungsmöglichkeiten für Apothekerinnen und Apotheker, ohne faire Bedingungen für PTA und ohne starke Apotheken vor Ort droht die Versorgung auszudünnen und auch in Krisensituationen nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Mit dem Vorschlag für eine interprofessionelle Weiterqualifizierung der PTA zum Apotheker ist auch für Brandenburg eine Möglichkeit gegeben, aus dem Status des einzigen Flächenlandes herauszukommen, keine Apotheker auszubilden. Wir brauchen jetzt den politischen Willen, um die Arzneimittelversorgung im Land zukunftssicher aufzustellen – im Interesse der Patientinnen und Patienten."

#### Katrin Wolbring, 2. Vizepräsidentin der Landesapothekerkammer Brandenburg

"Der niedrigschwellige und wohnortnahe Zugang der Menschen zu den vielfältigen Leistungen der Apotheken ist ein besonderes Gut und eine zentrale Säule der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung.

Der Rückgang der Apothekenzahl im Land Brandenburg ist jedoch weiterhin deutlich spürbar. Die Wege für Patientinnen und Patienten zur nächstgelegenen Apotheke werden vielerorts länger. Hauptursachen sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eine seit Jahrzehnten nahezu unveränderte Vergütungsgrundlage der Apotheken sowie der Fachkräftemangel. Die Landesregierung muss sich angesichts dieser Situation und des aktuellen Apothekenreformplanes der Bundesregierung dringend und nachdrücklich für eine bessere Honorierung der Apotheken einsetzen, damit der Rückgang der Apotheken gestoppt wird und damit die Versorgung der Menschen in Brandenburg durch die Apotheken vor Ort stabilisiert werden kann."

#### Andrea König, Vorsitzende Apothekerverband Brandenburg e. V.

"Psychische Gesundheit ist ein entscheidender Faktor für Lebensqualität, gesellschaftliche Teilhabe und Leistungsfähigkeit. Psychische Erkrankungen erfordern Vorsorge und eine verlässliche Versorgung mit niederschwelligem Zugang.

In Brandenburg ist in den vergangenen zehn Jahren eine solide psychotherapeutische Versorgungsstruktur aufgebaut worden, unter anderem durch zusätzliche Praxissitze. Doch die Realität zeigt: Diese Praxen sind sehr schnell ausgelastet. Der Bedarf an Psychotherapie ist deutlich gestiegen – nicht zuletzt, weil psychische Belastungen offener angesprochen werden und die Stigmatisierung abnimmt.

Gerade deshalb ist es jetzt entscheidend, vorhandene Ressourcen nicht einzuschränken, sondern vorausschauend und verantwortungsvoll auszubauen. Wir fordern die Politik auf, die psychotherapeutische Versorgung im Land Brandenburg langfristig zu sichern und den Direktzugang zur Psychotherapie uneingeschränkt zu erhalten. Nur so können wir den Menschen im Land gerecht werden und ihre psychische Gesundheit wirksam schützen."

Dr. Gregor Peikert, Präsident der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer (OPK)















## Forderungen an die Landespolitik

#### Ärzte schlagen Alarm: So geht die Versorgung kaputt!

#### 1. Klare Ansage: Versorgung braucht Verlässlichkeit

Die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg (KVBB) trägt den gesetzlichen Sicherstellungsauftrag. Das heißt: Wir müssen die ambulante ärztliche Versorgung flächendeckend und dauerhaft sichern – egal, ob es sich rechnet oder nicht. Private Klinik-MVZ haben diesen Auftrag nicht. Sie können Praxen schließen, sobald es wirtschaftlich unattraktiv wird. Leidtragende sind die Menschen im Land.

**Beispiel:** Die angekündigten Schließungen kinderärztlicher MVZ-Praxen in Jüterbog und Luckenwalde zeigen, wie schnell Versorgung wegbrechen kann, wenn Rendite wichtiger ist als Verantwortung. Am Ende bleibt die Last bei der KV und bei den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, die dauerhaft in einer Region bleiben.

Verlässlichkeit muss auch für die Versorgung multimorbider Patientinnen und Patienten im ländlichen Raum für eine stationäre Basisversorgung bestehen.

#### 2. Krankenhausreform: Flächenland berücksichtigen

"Ambulant vor stationär" ist ein sinnvolles Ziel. Aber: Wer Krankenhausleistungen abbaut, ohne gleichzeitig ambulante Angebote aufzubauen, gefährdet die Versorgung. Gerade im Flächenland Brandenburg drohen sonst Versorgungslücken, die niemand schließen kann. Die Ziele der Krankenhausreform werden in das Gegenteil verkehrt, wenn sie nicht ohne sinnvolle Ausnahmen umgesetzt wird, um die stationäre Grundversorgung zu gewährleisten. Ein Spielraum für die Bundesländer bei der Umsetzung der Reform ist deshalb unerlässlich. Bedarfsanalysen zeigen, dass die stationäre Versorgung auch in Zukunft flächendeckend erforderlich bleibt.















#### 3. Unsere zentralen Forderungen

Damit die Menschen in Brandenburg auch künftig verlässlich medizinisch versorgt sind, braucht es klare politische Zusagen:

#### 1. Sicherstellungsauftrag stärken

Die ambulante Versorgung bleibt Aufgabe der KVBB. Sie darf nicht an Akteure ausgelagert werden, die in erster Linie Gewinne im Blick haben.

#### 2. Niederlassung fördern

Ärztinnen und Ärzte, die sich in einer Region niederlassen, sind das Rückgrat der Versorgung. Sie brauchen Unterstützung: finanzielle Anreize, bessere Infrastruktur, attraktive Rahmenbedingungen.

#### 3. MVZ realistisch einordnen

MVZ können punktuell entlasten, sind aber keine tragfähige Lösung für die Fläche. Sie dürfen nicht als "Feigenblatt" dienen, das strukturelle Probleme überdeckt.

#### 4. Krankenhausreform absichern

Kein Abbau stationärer Angebote ohne belastbare ambulante Konzepte – mit aktiver Einbindung der Kammer und KV.

#### 5. Ärztliche Weiterbildung fördern:

Brandenburg bildet künftig in drei Hochschulen Mediziner aus – dies ist sehr gut. Damit die Absolventen aber auch in Brandenburg bleiben ("Klebeeffekt"), muss es genug Angebote zur Weiterbildung geben. Dies hängt direkt von der künftigen Aufrechterhaltung der stationären Versorgung ab, da Weiterbildung zum wesentlichen Teil im stationären Sektor stattfindet.

#### 6. Qualitätssicherung entrümpeln,

da sie das System hemmt und Versorgungszeit für die Patientinnen und Patienten verkürzt.

#### 7. Gesundheitskompetenz früh fördern.

Nicht jede Schürfwunde muss zum Arzt.

#### 4. Unsere Botschaft an Politik und Öffentlichkeit

Die Menschen in Brandenburg brauchen keine Schönwetterlösungen, sondern eine verlässliche Versorgung – wohnortnah, dauerhaft und unabhängig von wirtschaftlichen Launen.

Ärzte bleiben – Investoren gehen. Wer Versorgung will, muss auf Dauerstrukturen setzen.

Ein funktionierendes Gesundheitssystem ist eine tragende Säule unseres Sozialstaats und damit enorm wichtig für das Vertrauen in die Demokratie!















#### Forderungen der Landeskrankenhausgesellschaft

# Intelligente Umsetzung der Krankenhausreform zur Sicherung einer flächendeckenden Versorgung

- Unterstützung des Landes bei notwendigen Konzentrations- und Umstrukturierungsmaßnahmen – in der politischen Auseinandersetzung vor Ort sowie durch Absicherung der Kofinanzierung des Transformationsfonds
- Intensives Bemühen des Landes um "Gangbarmachung" der Regelungen der Krankenhausreform (u.a. längere Ausnahmemöglichkeiten bei geplanten Umstrukturierungen, veränderte Regelungen für solitäre Tageskliniken, Überarbeitung der Vorhaltevergütung)

#### Von der Krankenhausplanung zur Versorgungsplanung

- Etablierung einer versorgungsorientierten Planung: Bei der Krankenhausplanung ambulante Versorgungsmöglichkeiten und Rettungsdienst mitdenken und mitplanen
- Schrittweise Überwindung der Sektorengrenzen durch stärkere Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Leistungen
- Verbesserung der gesetzlichen Regelungen zu sog. Sektorenübergreifenden Versorgungseinrichtungen, damit ein wirtschaftlicher Betrieb dieser Einrichtungen möglich wird
- Entkopplung der Möglichkeit zur Erbringung ambulanter Operationen und Hybrid-DRG-Leistungen vom stationären Versorgungsauftrag des Krankenhauses
- Möglichkeit des Aufbaus ambulanter Operationszentren auch außerhalb der Krankenhausstandorte
- Erweiterte Instrumente zur Verzahnung stationärer und ambulanter Leistungen
- Förderung von Institutsambulanzen

#### Unterstützung bei der Fachkräftesicherung

- Beachtung der Anforderungen der ärztlichen Aus- und Weiterbildung im Rahmen der Krankenhausplanung
- Förderung bei der Aus- und Weiterbildung in den Gesundheitsberufen, u.a. durch Einführung der Schulsozialarbeit, Landesverordnungen zur Weiterbildung in der Notfallpflege sowie pädiatrischen Intensivpflege
- Förderung und Unterstützung bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte sowie schnelle und bürokratiearme Anerkennung der Berufsabschlüsse
- Unterstützung bei der Implementierung neuer Berufsbilder, wie z.B. Physician Assistents, Förderung von Delegation und Aufgabenübertragung















#### Konsequenter Bürokratieabbau

- Förderung und Beschleunigung der Digitalisierung und des Einsatzes von KI sowie Robotik
- Reduzierung von Personal-, Dokumentations- und Nachweispflichten: u.a. grundlegende Überarbeitung der Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie, Abschaffung des Psych-Personalnachweises und der Pflegepersonaluntergrenzen, Anpassungen bei der Pflegepersonalbedarfsbemessung, keine Einführung von Personalvorgaben im ärztlichen Bereich, Abschaffung des Transparenzregisters des Bundes

#### Förderung der Krankenhäuser statt Budgetkürzung

- Rücknahme der Sparpläne der Bundesregierung
- Dauerhafter Inflationsausgleich durch Anhebung der Vergütungsbasis

#### <u>Gegen den zahnmedizinischen Kollaps im Land –</u> <u>Dringlichkeitskatalog der Brandenburgischen Zahnärzteschaft</u>

#### Nachwuchsförderung dringend ausbauen

Bis 2030 werden rund 40 Prozent der heute aktiven Zahnärzte im Land Brandenburg ihre Tätigkeit beenden, zudem werden rund die Hälfte der altersbedingt abzugebenden Praxen nicht nachbesetzt werden können. Damit ist die zahnmedizinische Versorgung für mehr als 600.000 Menschen im Land stark gefährdet. Um diesem besorgniserregenden Trend entgegenzuwirken, bedarf es der dringenden Förderung und Erweiterung des Nachwuchspotenzials durch

- die Schaffung öffentlicher Studiengänge für Zahnmedizin im Land Brandenburg
- die weitere Unterstützung der Medizinischen Hochschule Brandenburg einziger Studiengang für Zahnmedizin in Brandenburg
- die Erweiterung des Landärzteprogramms auf Zahnärzte
- die Förderung von Landzahnarztpraxen in schlecht versorgten Gebieten
- den Erhalt der Oberstufenzentren für eine qualitäts- und quantitätsgerechte Ausbildung der Praxismitarbeiter

#### Bürokratieabbau

Ein Bürokratieaufwand von mindestens zehn Stunden in der Woche führt zur weiteren Verknappung der Sprechzeiten für Patienten, macht die Entscheidung zur Niederlassung unattraktiv und führt zur vorzeitigen Aufgabe bestehender Praxen. Die überbordenden Bürokratievorgaben müssen daher auf das notwendige Mindestmaß reduziert werden, z.B. durch

- weniger komplizierte und kostenintensive EU-Zulassungsverordnungen für Medizinprodukte
- Abschaffung der externen Validierung
- praxistaugliche Dokumentationspflichten bei der Aufbereitung von Medizinprodukten
- ausgereifte Software für die Etablierung einer effizienten Telematikinfrastruktur (TI)
- Aufhebung von Sanktionierungen bei der TI und deren Anwendungen
- keine Öffnung der Prüfungskompetenzen durch die Rechnungshöfe















#### Sicherung einer leistungsfähigen ambulanten Versorgung

Unsere dezentrale, auf selbständig geführten Praxisniederlassungen basierende Versorgung ist für ein stabiles und leistungsfähiges Gesundheitssystem unverzichtbar. Deshalb müssen die Gestaltungsspielräume unserer Selbstverwaltung erhalten bleiben. Dies sichert die zahnmedizinische Versorgung unserer Bürger und deren Teilhabe am medizinischen Fortschritt, unabhängig vom sozialen Status zu erhalten. Wir fordern deshalb

- den Erhalt des ambulanten Systems freiberuflicher Praxisniederlassungen für die zuverlässige zahnmedizinische Versorgung im Flächenland Brandenburg
- die Sicherung einer starken Selbstverwaltung und weniger staatliche Einflussnahme
- die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für Praxisgründer und -nachfolger und keine einseitige Fokussierung auf Gesundheitszentren (MVZ, "Polikliniken")

#### Präventionsorientierte Leistungen stärken und dauerhaft sichern

Prävention darf kein politisches Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss sich in der konkreten Versorgungspraxis widerspiegeln. Damit zahnmedizinische Vorsorgeleistungen dauerhaft ihre gesundheitsfördernde Wirkung entfalten können, brauchen sie eine verlässliche finanzielle und rechtliche Grundlage. Besonders die moderne, präventionsorientierte Parodontitistherapie nach dem im Jahr 2021 eingeführten Konzept zeigt, wie wirksam gezielte Vorsorge ist – sowohl für die individuelle Gesundheit der Patientinnen und Patienten als auch für das Gesundheitssystem insgesamt. Doch die bestehenden Kürzungen gefährden diese Erfolge.

Wir fordern deshalb eine gesetzliche Absicherung präventionsorientierter Leistungen – mit dem Ziel, bestehende Versorgungslücken zu schließen, die Krankheitslast zu senken und unnötige Folgekosten zu vermeiden!

#### Forderungen der Apotheker

#### Studiengang Pharmazie in Brandenburg

- Brandenburg noch immer einziges Flächenland Deutschlands, ohne Ausbildungsmöglichkeit für Apotheker
- Studienangebote benachbarter Bundesländer decken nicht einmal Bedarf an Apotheker des jeweils eigenen Bundeslandes
- in Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit Apothekerberuf in Brandenburg bereits mehrfach in Folge als Engpassberuf eingestuft
- Mangel an Apotheker lässt flächendeckendes Netz an Apotheken schrumpfen, zieht Einschränkungen in der Versorgung nach sich
- es existiert bereits ein fertiges Konzept für das Pharmaziestudium in Senftenberg, vom Ministerpräsidenten beauftragt und ihm vorgelegt, nur politischer Wille für Umsetzung fehlt
- Angebot für Schaffung eines Pilotstudienganges Pharmazie ausschließlich zur Weiterqualifizierung der PTA in Cottbus















#### Sicherung, Erweiterung und Vergütung der PTA-Ausbildung

- auch Pharmazeutisch-technische Assistenten (PTA) in Brandenburg als Mangelberuf in Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit benannt
- Sicherung der PTA-Ausbildung durch stetige Finanzierung der PTA-Schule in Form eines festen Haushaltstitels für Finanzierung der Ausbildung durch den Landtag sowie Erweiterung der Ausbildungsplätze nötig
- alle Investitionen der PTA-Schule (Anschaffung von Waagen, Wasserbädern und anderen Ausrüstungsgegenständen) erfolgen aus Spenden
- Erhöhung der Attraktivität der PTA-Ausbildung durch angemessene Vergütung für PTA-Schüler nötig – einziger Gesundheitsberuf, der (während zweijähriger, ausschließlich schulischer Ausbildung) keine Ausbildungsvergütung erhält; PTA-Schüler müssen sogar Eigenanteil für ihre Ausbildung zahlen

#### Gesetzliche Fixierung von Stationsapothekern im Krankenhaus

- im Krankenhaus stellt die Arzneimitteltherapie das häufigste eingesetzte Therapieverfahren dar
- Krankenhausapotheken sollen als Strukturmerkmal in die Leistungsgruppen der Krankenhäuser aufgenommen werden, um Qualität und Effizienz in der Behandlung und Arzneimitteltherapiesicherheit (AMTS) zu erhalten bzw. zu verbessern
- Stationsapotheker im Behandlungsteam vermeiden zusätzliche Behandlungskosten, Krankenhausapotheker erbringen an den Sektorengrenzen ein pharmazeutisches Medikationsmanagement zur Steigerung der AMTS, davon profitieren Patienten und nicht zuletzt auch die Kostenträger

#### Runder Tisch "Gesundheit in Brandenburg"

- gesundheitliche Versorgung in ländlichen Gemeinden muss stärker berücksichtigt werden, um die Schließung der letzten Apotheke und Arztpraxis am Ort zu verhindern
- Expertise der Selbstverwaltungskörperschaften der Berufsträger in Zusammenarbeit mit den Kommunen sind essenziell für die Patientengesundheit
- keine Schaffung von Parallelstrukturen, die unzureichend mit lokalen Akteuren abgestimmt werden
- Runder Tisch "Gesundheit in Brandenburg" soll Ideen sammeln, Erfahrungen austauschen und interdisziplinäre Zusammenarbeit stärken

#### Sicherstellung der Arzneimittelversorgung

- Einsatz für faire und auskömmliche Honorierung der Apotheken auf Bundesebene (Fixum seit über 20 Jahren von wirtschaftlicher Entwicklung abgekoppelt)
- Einsatz auf Bundesebene gegen Apothekervertretung durch PTA, um qualitativ hochwertige Arzneimittelversorgung und Patientensicherheit aufrecht zu erhalten
- Stärkung pharmazeutischer Unternehmen und der Apotheken vor Ort
- zentrale Erfassung von Lieferengpässen und transparente Kommunikation
- Abwanderung von Produktionskapazitäten entgegenwirken















#### Forderungen der Psychotherapeuten

Die Entwicklung der **psychotherapeutischen Versorgung im ländlichen Raum** muss vorangetrieben werden, um langfristig die wohnortnahe, psychotherapeutische Versorgung zu sichern. Zum Beispiel mit gezielten Kampagnen zur Gewinnung von Psychotherapeuten. Eine Möglichkeit wäre die finanzielle Förderung von Praxisübernahmen bzw. -gründungen für Psychotherapeuten auf dem Land. Diese Unterstützungsangebote ermöglichen einen risikoarmen Einstieg in die freiberufliche Tätigkeit. Dies wäre für Psychotherapeuten sicher übertragbar.

Weiterhin ist die Attraktivität des Lebens im ländlichen Raum von wesentlicher Bedeutung und sollte verbessert, aber auch deutlicher benannt werden.

Trotz fehlender gesetzlicher Finanzierungsgrundlagen ist es die gemeinsame Verantwortung der Landesregierung und der OPK den **psychotherapeutischen Nachwuchs optimale Weiterbildungsbedingungen** zur Verfügung zu stellen, zum Beispiel konkrete Planstellen in Krankenhäusern für psychotherapeutische Weiterbildungskandidaten schaffen. In der ambulanten Weiterbildung, die ein 2-jähriger obligatorischer Teil ist, muss eine finanzielle Förderung zum Ausgleich der zusätzlichen Belastungen erfolgen. Nur so kann die psychotherapeutische Versorgung im Land Brandenburg zukunftsfest gemacht werden.

**Prävention:** An der finanziellen Ausstattung von Beratungsstellen, die ein Unterstützungsangebot für Familien sind, darf nicht gerüttelt werden. Ebenso muss der positive Trend bei der Ausstattung mit Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an Brandenburger Schulen festgehalten werden. Sie sind eine wichtige Anlaufstelle für Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern. Gleichzeitig entlasten sie das psychotherapeutische Versorgungssystem.













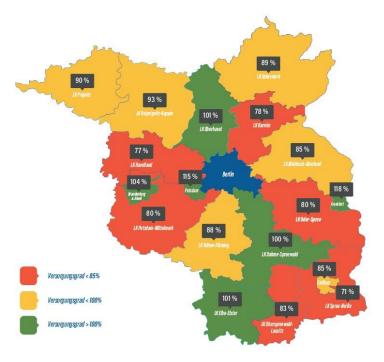


## Zahlen, Daten, Fakten

#### Eckdaten zur stationären Versorgung

- 54 Krankenhäuser mit 66 Standorten sichern die stationäre Versorgung im Land Brandenburg.
- Bereits in den 90er Jahren gab es eine Strukturreform, bei der 36 % der Kapazitäten abgebaut wurden.
- Auf der mit den Krankenkassen konsentierten Liste von sog. Sicherstellungskrankenhäusern, die für die Versorgung in ländlichen Regionen unverzichtbar sind, stehen 129 Standorte. Davon befinden sich 28 im Land Brandenburg. Im großen Nordrhein-Westfalen sind es z.B. nur drei.
- Mehr als 30.000 Menschen arbeiten in den Krankenhäusern des Landes Brandenburg.
- Die Krankenhäuser leisten ihren Beitrag zur Fachkräftesicherung: Etwa 4.000 junge Menschen werden in den verschiedenen Gesundheitsfachberufen ausgebildet.
- Mehr als 500.000 Fälle werden jedes Jahr in den Brandenburger Kliniken voll- und teilstationär versorgt. Dazu kommen jährlich etwa 350.000 ambulante Notfallbehandlungen, ca. 70.000 ambulante Operationen und viele weitere ambulante Behandlungen, häufig in hoch spezialisierten Bereichen.
- Die Krankenhäuser sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in den Regionen: als Arbeitgeber und als Auftraggeber für die regionalen Unternehmen.

#### Zahnärztliche Versorgungssituation im Land Brandenburg



- ▶zugelassene Zahnärzte: 1.169, Durchschnittsalter: 53,8 Jahre
- ▶angestellte Zahnärzte: 467, Durchschnittsalter: 43,7 Jahre

Es fehlen bereits ietzt schon ca. 150 Zahnärzte für eine regelrechte Versorgung.

Das durchschnittliche Alter zum Zeitpunkt der Beendigung der vertragszahnärztlichen Tätigkeit liegt aktuell bei rund 63,6 Jahren.

Das durchschnittl. Alter zum Zeitpunkt der Praxisabgabe ist kontinuierlich gestiegen. 2010 - 2023 = 62,7 Jahre

2010 - 2024 = 63,5 Jahre 2010 - 07/2025 = 63,2 Jahre

#### Prognose:

- aktuell sind ca. 330 zugelassene Zahnärzte 62 Jahre alt oder älter
- bis 2030 werden zusätzlich ca. 200 Zahnärzte 62 Jahre und älter sein
- bis 2030 werden vsl. ca. 550 Zahnärzte die T\u00e4tigkeit aufgrund ihres Ruhestandes beenden

6 Landkreise mit Versorgung < 85% (Barnim, Havelland, Potsdam-Mittelmark, Oder-Spree, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz)

5 Landkreise und 1 kreisfreie Stadt mit Versorgung < 100% (Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Uckermark, Märkisch Oderland, Teltow-Fläming, Cottbus)

3 Landkreise und 3 kreisfreie Städte mit Versorgung > 100% (Oberhavel, Dahme Spreewald, Elbe-Elster, Brandenburg an der Havel, Potsdam, Frankfurt/Oder)















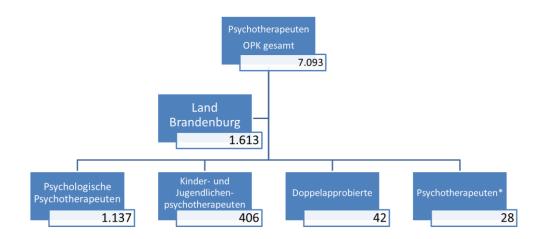
#### Hintergrundinformationen der Apotheker

- Analyse der Wirtschaftsförderung Brandenburg aus 2017 belegt, dass bis 2025 etwa
  1.100 Apotheker im Land Brandenburg gebraucht werden (Quelle: Analyse des
  Fachkräftebedarfs im Berufsfeld Apotheker/Apothekerin im Land Brandenburg) die Zahl der
  Apotheker erhöhte sich in diesem Zeitraum lediglich um 190, davon ging ein
  erheblicher Teil in Krankenhausapotheken oder Wissenschaft, Industrie und
  Verwaltung
- allein in den vergangenen 3 Jahren (2022 bis jetzt) verlor Brandenburg 36 Apotheken, die Wege werden immer weiter
- 2017 versorgte eine Apotheke 4.300 Menschen, heute versorgt eine Apotheke 4.900 Menschen
- rund 35% der Apotheker in Brandenburg sind über 60 Jahre alt
- in 120 (23%) von aktuell 525 Apotheken in Brandenburg arbeitet Leiter als einzige approbierte Fachkraft (hat also keine Vertretung bei Krankheit oder Urlaub)
- bis einschließlich 2030 werden 338 Apotheker das Rentenalter erreichen, davon 142 Apothekeninhaber → wenn es hier keine Nachfolge gibt, verlieren nahezu 700.000 Menschen in Brandenburg ihre Apotheke

#### Hintergrundinformationen der Psychotherapeuten

1. Psychotherapeutische Versorgung im Land Brandenburg

insgesamt 1.613 Psychotherapeuten in Brandenburg (OPK hat insgesamt 7.093 Psychotherapeuten als Mitglieder, Stand: 31.08.2025)

















Die Abbildung 2 gibt einen Überblick über vorhandene ambulante Versorgungsangebote im Land Brandenburg. Dabei werden die jeweiligen Psychotherapeuten dargestellt, jedoch nicht der damit einhergehende Versorgungsauftrag. Dieser kann von ¼-Sitz bis zu einem ganzen Sitz reichen.

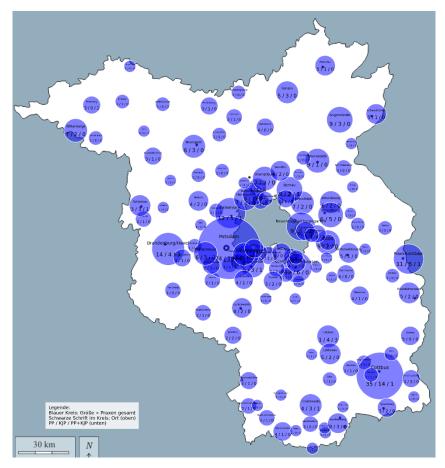


Abbildung 2: Daten OPK, Darstellung: ChatGPt, 2025. Sitzeverteilung von Psychotherapeuten in Brandenburg ohne Privatpraxen

In den letzten 10 Jahren hat es einen stetigen Zuwachs an Psychotherapeuten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg gegeben. Die Abbildung 3 spiegelt das wider. Sie zeigt die Entwicklung der Psychotherapeutendichte im Land Brandenburg. Diese gibt an wie viele Psychotherapeuten es auf 100.00 Einwohner in den jeweiligen Landkreisen gibt. Es hat hier in allen Landkreisen einen Anstieg gegeben. Wie in Abbildung 2 werden bei der Psychotherapeutendichte Köpfe gezählt, nicht der jeweilige Versorgungsauftrag, d.h. die Versorgungsleistung muss nicht zwangsläufig im gleichen Umfang gestiegen sein. In der Psychotherapie gibt es ähnlich wie in den ärztlichen Berufen einen Trend zu halben Sitzen. Dies lässt die Anzahl an Köpfen in der Versorgung steigen, aber nicht den Versorgungsumfang.















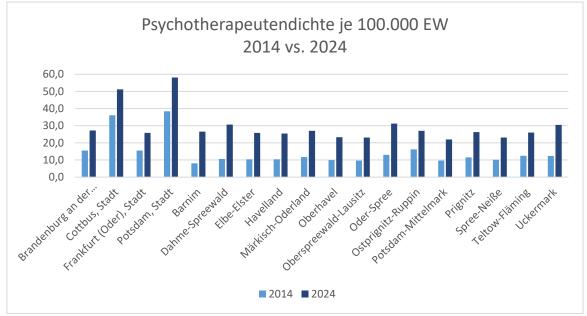


Abbildung 3: Daten KBV, eigene Darstellung, 2025.

Zum aktuellen Zeitpunkt gibt es in Brandenburg keine freien Psychotherapeutensitze. Aber es gibt erste Anzeichen, dass freiwerdende Sitze in ländlichen Regionen schwerer nachzubesetzen sind.

#### 2. Weiterbildung

Die Ausbildung von Psychotherapeuten wurde 2020 neu geregelt. Ziel der Reform ist, die Weiterbildung zum Fachpsychotherapeuten in sozialversicherungspflichtigen Verträgen, statt in Praktikumsverträgen zu verankern. Heute gliedert sich die Ausbildung in zwei Teile: Das fünfjährige Psychotherapiestudium mit Approbation und anschließend die fünfjährige Weiterbildung zum Fachpsychotherapeuten (Erwachsene oder Kinder/Jugendliche). Das System orientiert sich am ärztlichen Ausbildungssystem.

Die Reform zielt darauf ab, die Versorgungsqualität durch ein klares Ausbildungs- und Finanzierungsmodell zu sichern. Ohne gesetzliche Finanzierung des zweiten Teils drohen Versorgungsengpässe.

Im Bundesland Brandenburg sind an drei Universitätsstandorten PT-Studiengänge gestartet. Wir rechnen ab 2027 mit jährlich rund 100 Absolventinnen und Absolventen. Nach der Approbation folgt der zweite Schritt: die fachpsychotherapeutische Weiterbildung. Aktuell sind in der Erwachsenenbehandlung 4 ambulante und vier stationäre Stätten und in der Behandlung von Kindern und Jugendlichen 3 ambulante und eine stationäre Weiterbildungsstätte zugelassen. Damit kann gegenwärtig nur ein sehr kleiner Teil der Studienabsolventen in Brandenburg eine Weiterbildung beginnen. Eine Abwanderung in andere Bundesländer geschieht nur deshalb nicht, weil es bundesweit noch an Weiterbildungsstätten mangelt.















Für die Weiterbildung ergibt sich ein Finanzierungsbedarf, der bisher gesetzlich nicht geregelt ist. Die Finanzierungslücke hindert die Stätten aktuell daran, den Nachwuchs weiterzubilden. Somit braucht es hier dringend gesetzliche Regelungen.

#### 3. Prävention

Im Land Brandenburg ist ein Schulpsychologe für 5.378 Schülerinnen und Schüler zuständig, damit liegt es deutschlandweit im Mittelfeld, 2020 lag der Schlüssel in Brandenburg bei 1:9.376 → in den vergangenen fünf Jahren hat es in diesem Bereich eine positive Entwicklung gegeben → muss in den nächsten Jahren beibehalten werden.

Das gleiche gilt für Beratungsstellen, wie z. B. Erziehungsberatungsstellen. Die Schließung bzw. die Kürzungen bei der Finanzierung durch das Land führen zu einer höheren Belastung des Gesundheitssystems, vor allem bei den Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten kommt es zu einem Anstieg der Wartezeiten.

Präventive Strukturen sorgen für eine Entlastung des Gesundheitssystems, sie sind eine wichtige Säule des Versorgungssystems.

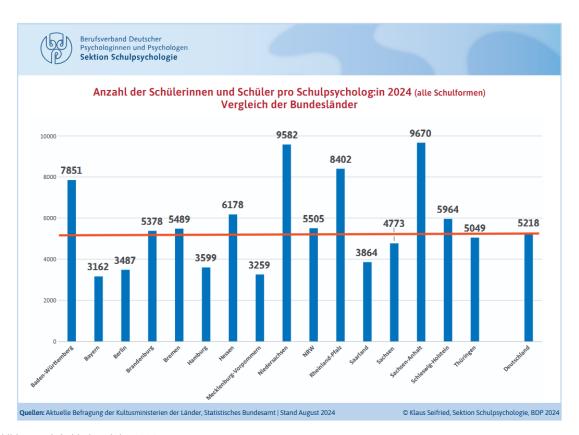


Abbildung 5: bdp-Verband.de, 2024.

Quelle:https://www.bdp-

verband.de/fileadmin/user\_upload/BDP/verband/Untergliederungen/Sektionen/Schulpsychologie/PDF/2024\_versorgungszahlen.















#### Wer ist die Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer und was tut sie?

Die Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer (OPK) vertritt rund 7.300 Psychologische Psychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen in den ostdeutschen Bundesländern. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts sind wir nicht nur für die berufsrechtliche Aufsicht und Qualitätssicherung zuständig – wir sind vor allem eine Stimme für eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige psychotherapeutische Versorgung.

In dieser Rolle bringen wir unsere Expertise aktiv in politische Entscheidungsprozesse ein und benennen strukturelle Versorgungsdefizite sowie gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

Die OPK steht als kompetente Ansprechpartnerin für alle Fragen rund um psychische Gesundheit und psychotherapeutische Versorgung zur Verfügung. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen – in Versorgung, Politik und gesellschaftlicher Entwicklung.















## **Kontakt**

#### Apothekerverband Brandenburg e. V.:

Mathias Braband-Trabandt, stellv. Geschäftsführer, Pressesprecher Tel. 0331 888 65 23 <a href="mailto:braband@avb-brb.de">braband@avb-brb.de</a>

#### Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg:

Christian Wehry, Leiter Kommunikation / Pressesprecher Tel. 0331 2309-196 <a href="mailto:presse@kvbb.de">presse@kvbb.de</a>

#### Kassenzahnärztliche Vereinigung Brandenburg:

Dr. Christian Mattke, Leiter Kommunikation / Pressesprecher Tel. 0331 2977-474 christian.mattke@kzvlb.de

#### Landesapothekerkammer Brandenburg:

Ramona Reimann, Öffentlichkeitsarbeit Tel. 0331 888 66 22 reimann@lakbb.de

#### Landesärztekammer Brandenburg:

Kirsten Ohlwein, stellv. Pressesprecherin Tel. 0331 505605-525 <a href="mailto:presse@laekb.de">presse@laekb.de</a>

#### Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e. V.:

Michael Jacob, Geschäftsführer Tel. 0331 27 55 3-10 jacob@lkb-online.de

#### Landeszahnärztekammer Brandenburg:

Jana Zadow-Dorr, Ltrn. Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit & politische Kommunikation Tel. 0355 38148-15 <a href="mailto:presse@lzkb.de">presse@lzkb.de</a>

#### Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer:

Antje Orgass, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Tel. 0341 462 432-26 antje.orgass@opk-info.de